

## ■ WIRTSCHAFTSCHRONIK

### III. QUARTAL 2001

*In der Folge der Terroranschläge auf amerikanische Symbole wie das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington am 11. September könnte sich die Konjunktur weiter verlangsamen. Kurzfristig wird der Handel an der New York Stock Exchange ausgesetzt. Die Fed senkt die Leitzinsen, um der Wirtschaft der USA die Überwindung der Krisensituation zu erleichtern.*

**1. Juli:** Belgien übernimmt nach Schweden den Vorsitz des Europäischen Rates.

**18.-23. Juli:** Anlässlich der Klimakonferenz in Bonn gelingt eine grundsätzliche Einigung über das Kyoto-Klimaprotokoll (<http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/E0017.pdf>). Eine für die meisten Vertragsstaaten (mit Ausnahme der

### AUSLAND

USA) akzeptable Vereinbarung macht die Ratifikation des Protokolls wahrscheinlicher. In den Bereichen „flexible Mechanismen“, „Finanzhilfe für Entwicklungsländer“ und „Konsequenzen bei Nichterfüllung“ wurden Entscheidungen getroffen:

- Nationale Klimaschutzmaßnahmen haben Vorrang vor den „flexiblen Mechanismen“ (Emissionshandel, Anrechenbarkeit gemeinsamer Klimaschutzprojekte zwischen Industriestaaten oder Industriestaaten und Entwicklungsländern); anrechenbar sind in diesem Zusammenhang „Senken“ – Ökosysteme, die Kohlenstoff aus der Atmosphäre entziehen (z. B. Aufforstungsprojekte). Im Gegenzug wird ein Verzicht auf die Anrechenbarkeit von Atomkraftprojekten erzielt.
- Zur Unterstützung der Entwicklungsländer wird die Einrichtung von drei neuen Fonds beschlossen, aus denen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern und „Least Developed Countries“ sowie Ausbildungsmaßnahmen und Technologietransfers finanziert werden sollen.
- Bei Nichterfüllung der im Protokoll vorgegebenen Ziele sind bindende Konsequenzen vorgesehen. So wird der Zielwert bei Überschreitung der Emissionsziele in der ersten Verpflichtungsperiode (2008/2012) in der nächsten Ziel-

periode pro Emissionstonne um 1,3 t verringert. Gleichzeitig wird die Teilnahme am Emissionshandel ausgesetzt.

**20.-22. Juli:** Das G-8-Gipfeltreffen in Genua ist von schweren Unruhen begleitet. Die Staatschefs fordern eine Strategie zur Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern. Neben dem Schuldenerlass für die „Heavily Indebted Poor Countries“ (HIPC) sollen die Teilnahme der Entwicklungsländer am globalen Handel forciert sowie Privatinvestitionen und Initiativen zur Gesundheitsförderung, Bildung und Lebensmittelsicherheit gefördert werden. Bereits vor Jahresende soll in Kooperation mit der UNO ein neuer globaler Gesundheitsfonds wirksam werden, in dem 1,3 Mrd. \$ zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose eingesetzt werden. Die Notwendigkeit einer Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zur Reduktion des Treibhauseffektes ist unstrittig, wenngleich die Meinungen zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls divergieren. Die Bedeutung von erneuerbaren Energiequellen für die nachhaltige Entwicklung soll in den nationalen Planungen berücksichtigt werden.

**21. August:** Die Notenbank der USA senkt die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt nun 3,5%, der Diskontsatz 3%.

**30. August:** Die EZB senkt den Hauptrefinanzierungssatz (mit 5. September) um 0,25 Prozentpunkte auf 4,25%. Im selben Ausmaß wird der Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 5,25% und der Satz der Einlagefazilität (mit 31. August) auf 3,25% herabgesetzt.

**11. September:** Bei Selbstmordanschlägen mit entführten Flugzeugen werden zwei Türme des World Trade Center in New York und Teile des Pentagon in Washington zerstört und über 6.000 Menschen getötet. Die New Yorker Börsen setzen ihren Handel aus.

**17. September:** Nach viertägiger Unterbrechung nimmt die NYSE ihren Handel wieder auf. Kurz zuvor hat die Notenbank der USA die Zinsen um 50 Basispunkte gesenkt. Die Federal Funds Rate liegt nun bei 3%, der Diskontsatz bei 2,5%.

**18. September:** Nach einem weiteren Zinssenkungsschritt der EZB um 50 Basispunkte erreicht der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte am 19. September 3,75%. Der Satz der Spitzenrefinanzie-

rungsfazilität beträgt nun 4,75%, der Satz der Einlagefazilität 2,75%.

## ÖSTERREICH

*Die Konsequenzen der Terroranschläge in den USA auf die europäische und die österreichische Wirtschaft sind noch nicht abzuschätzen, mit dämpfenden Effekten auf die Konjunktur wird gerechnet.*

**7. August:** Das Finanzmarktaufsichtsgesetz (FMAG, BGBl. I 97/2001) wird verlautbart. Es regelt die Errichtung einer unabhängigen Allfinanz-Aufsichtsbehörde, die am 1. April 2002 ihre Tätigkeit aufnehmen soll. Ziel ist die Vereinigung der derzeit im Bundesministerium für Finanzen, in der Bundeswertpapieraufsicht und in der Oesterreichischen Nationalbank bestehenden Aufsichtsaufgaben und Ressourcen in einer neuen unabhängigen Finanzmarktaufsichtsbehörde in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt. Gleichzeitig ändert das Gesetz die aufsichtsrechtlichen Verfahrensbestimmungen, um raschere und effektivere Aufsichtsmaßnahmen zu ermöglichen.

**14. September:** Der in der 58. ASVG-Novelle neu geschaffene Verwaltungsrat des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger tritt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Für das erste Jahr werden Dr. Herwig Frad zum Präsidenten und Dr. Martin Gleitsmann zum Vizepräsidenten gewählt.

**24. September bis 15. Oktober:** Der ÖGB richtet sich in einer Urabstimmung mit sieben Fragen an seine Mitglieder. Erhoben werden die Zustimmung zu einer „Stärkung der Sozialpartnerschaft“, zur „Aufrechterhaltung der Pflichtversicherung“, zur „Regelung von Lohn-erhöhungen und Arbeitszeiten in Kollektivverträgen“, zum Vorschlag eines „Anspruchs auf Abfertigung ab dem ersten Tag auch bei Selbstkündigung“, zu einer „schulischen und beruflichen Bildungsoffensive“, zur „Aufrechterhaltung des öffentlichen Dienstes“ sowie zu einem „Stopp des Ausverkaufs von öffentlichem Eigentums“ und zu gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen.